

JERUSALEMER ERKLÄRUNG ZUM ANTISEMITISMUS

26. März 2021

Präambel

Wir, die Unterzeichnenden, legen die „Jerusalemener Erklärung zum Antisemitismus“ vor. Sie ist das Ergebnis einer Initiative, die ihren Ursprung in Jerusalem hat. Zu den Unterzeichner:innen zählen internationale Wissenschaftler:innen, die in der Antisemitismusforschung und in verwandten Bereichen arbeiten, darunter Jüdische Studien, Holocaust-, Israel-, Palästina- sowie Nahoststudien. Die Erklärung profitierte auch von der Einbindung von Rechtswissenschaftler:innen und Vertreter:innen der Zivilgesellschaft.

Im Geiste der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948, des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung von 1969, der Erklärung des Stockholmer Internationalen Forums über den Holocaust aus dem Jahr 2000 und des Beschlusses der Vereinten Nationen zum Gedenken an den Holocaust aus dem Jahr 2005 vertreten wir die Auffassung, dass Antisemitismus einige spezifische Besonderheiten aufweist, der Kampf gegen ihn jedoch untrennbar mit dem allgemeinen Kampf gegen alle Formen rassistischer, ethnischer, kultureller, religiöser und geschlechtsspezifischer Diskriminierung verbunden ist.

Im Wissen um die Verfolgung von Jüd:innen im Laufe der Geschichte und die universellen Lehren aus dem Holocaust und angesichts des besorgniserregenden Wiedererstarkens von Antisemitismus durch Gruppierungen, die Hass und Gewalt in Politik, Gesellschaft und im Internet mobilisieren, legen wir eine anwendbare, prägnante und historisch fundierte Kerndefinition von Antisemitismus mit einer Reihe von Leitlinien für die Benutzung vor.

Die Jerusalemener Erklärung zum Antisemitismus reagiert auf die „IHRA-Definition“, die 2016 von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) angenommen wurde. Da die IHRA-Definition in wichtigen Punkten unklar und für unterschiedlichste Interpretationen offen ist, hat sie Irritationen ausgelöst und zu Kontroversen geführt, die den Kampf gegen Antisemitismus geschwächt haben. In Anbetracht der Tatsache, dass sie sich selbst als „Arbeitsdefinition“ bezeichnet, haben wir uns um Verbesserungen bemüht, indem wir (a) eine präzisere Kerndefinition und (b) ein kohärentes Set von Leitlinien vorlegen. Wir hoffen, dass dies sowohl für das Monitoring und die Bekämpfung von Antisemitismus als auch für Bildungszwecke hilfreich sein wird. Wir empfehlen unsere nicht rechtsverbindliche Erklärung als Alternative zur IHRA-Definition. Institutionen, die die IHRA-Definition bereits übernommen haben, können unseren Text als Hilfsmittel zu ihrer Interpretation nutzen.

Die IHRA-Definition enthält elf „Beispiele“ für Antisemitismus, von denen sich sieben auf den Staat Israel beziehen. Dies legt zwar einen unangemessenen Schwerpunkt auf einen bestimmten Schauplatz; allerdings besteht wirklich ein großer Bedarf an Klarheit über die Grenzen legitimer politischer Äußerungen und Handlungen in Bezug auf Zionismus, Israel und Palästina. Wir verfolgen ein doppeltes Ziel: (1) den Kampf gegen Antisemitismus zu stärken, indem wir definieren, was Antisemitismus ist und wie er sich manifestiert, und (2) Räume für eine offene Debatte über die umstrittene Frage der Zukunft Israels/Palästinas zu wahren. Wir sind nicht alle der gleichen politischen Meinung und wir verfolgen keine politische Parteinahme. Die Feststellung, dass eine kontroverse Ansicht oder Handlung nicht antisemitisch ist, bedeutet weder, dass wir sie befürworten, noch dass wir sie ablehnen.

Die Leitlinien, die sich auf Israel-Palästina beziehen (Nr. 6 bis 15), sollten als Ganzes betrachtet werden. Generell sollte bei der Anwendung der Leitlinien jede im Lichte der anderen und immer mit Blick auf den jeweiligen Kontext gelesen werden. Zum Kontext kann die Intention hinter einer Äußerung, ein Sprachmuster im Wandel der Zeit oder sogar die Identität des Sprechers oder der Sprecherin gehören, besonders wenn es um Israel oder den Zionismus geht. So könnte etwa Feindseligkeit gegenüber Israel Ausdruck eines antisemitischen Ressentiments sein, aber auch eine Reaktion auf eine Menschenrechtsverletzung oder eine Emotion, die eine palästinensische Person aufgrund ihrer Erfahrungen durch Handlungen seitens der staatlichen Institutionen Israels empfindet. Kurz: Bei der Anwendung dieser Leitlinien auf konkrete Situationen sind Urteilsvermögen und Sensibilität gefordert.

Definition

Antisemitismus ist Diskriminierung, Vorurteil, Feindseligkeit oder Gewalt gegen Jüdinnen und Juden als Jüdinnen und Juden (oder jüdische Einrichtungen als jüdische).

Leitlinien

A.

Allgemein

1. Es ist rassistisch, zu essentialisieren (eine Charaktereigenschaft als angeboren zu behandeln) oder pauschale negative Verallgemeinerungen über eine bestimmte Bevölkerung zu machen. Was für Rassismus im Allgemeinen gilt, gilt im Besonderen auch für Antisemitismus.
2. Das Spezifikum des klassischen Antisemitismus ist die Vorstellung, Jüd:innen seien mit den Mächten des Bösen verbunden. Dies steht im Zentrum vieler antijüdischer Fantasien, wie etwa der Vorstellung einer jüdischen Verschwörung, in der „die Juden“ eine geheime Macht besäßen, die sie nutzen, um ihre eigene kollektive Agenda auf Kosten anderer Menschen durchzusetzen. Diese Verknüpfung zwischen Jüd:innen und dem Bösen setzt sich bis heute fort: in der Fantasie, dass „die Juden“ Regierungen mit einer „verborgenen Hand“ kontrollieren, dass sie die Banken besitzen, die Medien kontrollieren, als „Staat im Staat“ agieren und für die Verbreitung von Krankheiten (wie etwa Covid-19) verantwortlich sind. All diese Merkmale können für unterschiedliche (und sogar gegensätzliche) politische Ziele instrumentalisiert werden.
3. Antisemitismus kann sich in Worten, Bildern und Handlungen manifestieren. Beispiele für antisemitische Formulierungen sind Aussagen, dass alle Jüd:innen wohlhabend, von Natur aus geizig oder unpatriotisch seien. In antisemitischen Karikaturen werden Jüd:innen oft grotesk, mit großen Nasen und in Verbindung mit Reichtum dargestellt. Beispiele für antisemitische Taten sind: jemanden angreifen, weil sie oder er jüdisch ist, eine Synagoge angreifen, Hakenkreuze auf jüdische Gräber schmieren oder Menschen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Judentum nicht einzustellen oder nicht zu befördern.
4. Antisemitismus kann direkt oder indirekt, eindeutig oder verschlüsselt („kodiert“) sein. Zum Beispiel ist „die Rothschilds kontrollieren die Welt“ eine kodierte Behauptung über die angebliche Macht „der Juden“ über Banken und die internationale Finanzwelt. In ähnlicher Weise kann die Darstellung Israels als das ultimative Böse oder die grobe Übertreibung seines tatsächlichen Einflusses eine kodierte Ausdrucksweise sein, Jüd:innen zu rassifizieren und zu stigmatisieren. In vielen Fällen ist die Identifizierung von kodierter Sprache eine Frage des jeweiligen Kontextes und der Abwägung, bei der diese Leitlinien zu berücksichtigen sind.
5. Es ist antisemitisch, den Holocaust zu leugnen oder zu verharmlosen, indem man behauptet, der vorsätzliche Völkermord der Nazis an den Jüd:innen habe nicht stattgefunden, es habe keine Vernichtungslager oder Gaskammern gegeben oder die Zahl der Opfer bestehe nur in einem Bruchteil der tatsächlichen Anzahl.

B.

Israel und Palästina: Beispiele, die als solche antisemitisch sind

6. Die Symbole, Bilder und negativen Stereotypen des klassischen Antisemitismus (siehe Leitlinien 2 und 3) auf den Staat Israel anzuwenden.
7. Jüd:innen kollektiv für das Verhalten Israels verantwortlich zu machen oder sie, bloß weil sie jüdisch sind, als Agent:innen Israels zu behandeln.

8. Menschen, weil sie jüdisch sind, aufzufordern, Israel oder den Zionismus öffentlich zu verurteilen (z.B. bei einer politischen Versammlung).
9. Anzunehmen, dass nicht-israelische Jüd:innen, bloß weil sie jüdisch sind, zwangsläufig loyaler zu Israel stehen als zu ihren eigenen Ländern.
10. Jüd:innen im Staat Israel das Recht abzuspochen, kollektiv und individuell gemäß dem Gleichheitsgrundsatz zu leben.

C.

Israel und Palästina: Beispiele, die nicht per se antisemitisch sind (unabhängig davon, ob man die Ansicht oder Handlung gutheißt oder nicht)

11. Unterstützung der palästinensischen Forderungen nach Gerechtigkeit und der vollen Gewährung ihrer politischen, nationalen, bürgerlichen und menschlichen Rechte, wie sie im Völkerrecht verankert sind.
12. Kritik oder Ablehnung des Zionismus als eine Form von Nationalismus oder das Eintreten für diverse verfassungsrechtliche Lösungen für Juden und Palästinenser in dem Gebiet zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer. Es ist nicht per se antisemitisch, Regelungen zu unterstützen, die allen Bewohner:innen „zwischen dem Fluss und dem Meer“ volle Gleichberechtigung zugestehen, ob in zwei Staaten, einem binationalen Staat, einem einheitlichen demokratischen Staat, einem föderalen Staat oder in welcher Form auch immer.
13. Faktenbasierte Kritik an Israel als Staat. Dazu gehören seine Institutionen und Gründungsprinzipien, seine Politik und Praktiken im In- und Ausland, wie beispielsweise das Verhalten Israels im Westjordanland und im Gazastreifen, die Rolle, die Israel in der Region spielt, und jede andere Art und Weise, in der es als Staat Vorgänge in der Welt beeinflusst. Es ist nicht per se antisemitisch, auf systematische rassistische Diskriminierung hinzuweisen. Im Allgemeinen gelten im Falle Israels und Palästinas dieselben Diskussionsnormen, die auch für andere Staaten und andere Konflikte um nationale Selbstbestimmung gelten. Daher ist der, wenngleich umstrittene, Vergleich Israels mit historischen Beispielen einschließlich Siedlerkolonialismus oder Apartheid nicht per se antisemitisch.
14. Boykott, Desinvestition und Sanktionen sind gängige, gewaltfreie Formen des politischen Protests gegen Staaten. Im Falle Israels sind sie nicht per se antisemitisch.
15. Politische Äußerungen müssen nicht maßvoll, verhältnismäßig, gemäßigt oder vernünftig sein, um nach Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte oder Artikel 10 der Europäischen Menschenrechtskonvention und anderen Menschenrechtsabkommen geschützt zu sein. Kritik, die von manchen als übertrieben oder umstritten oder als Ausdruck „doppelter Standards“ betrachtet wird, ist nicht per se antisemitisch. Im Allgemeinen ist die Trennlinie zwischen antisemitischen und nicht antisemitischen Äußerungen eine andere als die Trennlinie zwischen unvernünftigen und vernünftigen Äußerungen.

JERUSALEMER ERKLÄRUNG ZUM ANTISEMITISMUS

Fragen und Antworten

Was ist die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (Jerusalem Declaration on Antisemitism, JDA)?

Die JDA ist eine Ressource zur Stärkung des Kampfes gegen Antisemitismus. Sie umfasst eine Präambel, eine Definition und 15 Leitlinien.

Wer hat sie verfasst?

Eine Gruppe internationaler Wissenschaftler:innen mit Schwerpunkten in der Antisemitismusforschung und verwandten Bereichen. Die JDA wird von einem breiten Spektrum renommierter Wissenschaftler:innen und Institutsleiter:innen in Europa, den USA und Israel unterstützt.

Warum „Jerusalem“?

Die JDA geht ursprünglich auf eine Konferenz am Van Leer Institut in Jerusalem zurück.

Warum jetzt?

Die JDA reagiert auf die Arbeitsdefinition Antisemitismus, die die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) 2016 vorgelegt hat. Die „IHRA-Definition“ (einschließlich ihrer „Beispiele“) ist weder klar noch kohärent. Was auch immer die Absichten ihrer Befürworter sein mögen, sie verwischt den Unterschied zwischen antisemitischer Rede und legitimer Kritik am Staat Israel und am Zionismus. Dies führt zu Irritationen und delegitimiert gleichzeitig die Stimmen von Palästinenser:innen und anderen, einschließlich Jüd:innen, die sehr kritische Ansichten über Israel und den Zionismus haben. Nichts davon trägt zur Bekämpfung von Antisemitismus bei. Die JDA reagiert auf diese Situation.

Ist die JDA also als Alternative zur Arbeitsdefinition der IHRA gedacht?

Ja, das ist sie. Menschen, die guten Willens sind, suchen nach Orientierung in der Schlüsselfrage: Wann überschreitet die politische Rede über Israel oder Zionismus die Grenze zum Antisemitismus und wann sollte sie geschützt werden? Die JDA soll diese Orientierungshilfe bieten und sollte daher als Ersatz für die IHRA-Definition angesehen werden. Wenn eine Organisation jedoch die IHRA-Definition formell übernommen hat, kann sie die JDA nutzen, um die Unzulänglichkeiten der IHRA-Definition zu korrigieren.

Für wen gilt die Definition?

Die Definition gilt unabhängig davon, ob jüdische Identität ethnisch, biologisch, religiös, kulturell usw. verstanden wird. Sie ist auch in Fällen anwendbar, in denen eine nichtjüdische Person oder Institution entweder fälschlicherweise für jüdisch gehalten wird („Diskriminierung aufgrund der Wahrnehmung“) oder wegen einer Verbindung zu Jüd:innen angegriffen wird („Diskriminierung aufgrund von Assoziation“).

Sollte die JDA offiziell z.B. von Regierungen, politischen Parteien oder Universitäten übernommen werden?

Die JDA kann als Ressource für unterschiedliche Zwecke genutzt werden. Dazu gehören die Aufklärung darüber und die Schaffung eines Bewusstseins dafür, wann Sprache oder Verhalten antisemitisch sind (und wann nicht), die Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung von Antisemitismus usw. Sie kann genutzt werden, um im vorgegebenen Rahmen von Gesetzen und Normen zum Schutz der Meinungsfreiheit bei der Umsetzung von Antidiskriminierungsgesetzen zu helfen.

Sollte die JDA als Teil von Gesetzen gegen Hassrede genutzt werden?

Nein, das sollte sie nicht. Sie ist keinesfalls als rechtliches oder quasi-rechtliches Instrument gedacht. Noch sollte sie rechtlich kodifiziert oder dazu genutzt werden, um die legitime Ausübung der Freiheit von Forschung und Lehre zu beschränken oder um freie und offene Debatten innerhalb der durch die Gesetze zur Hasskriminalität vorgegebenen Grenzen zu unterdrücken.

Wird die JDA alle aktuellen Auseinandersetzungen darüber, was antisemitisch ist und was nicht, beilegen?

Die JDA spiegelt klar die fachliche Autorität wissenschaftlicher Expert:innen aus den relevanten Feldern wider, doch kann sie nicht alle Streitpunkte beseitigen. Kein Dokument über Antisemitismus kann erschöpfend sein oder alle Formen vorwegnehmen, in denen sich Antisemitismus in der Zukunft manifestieren wird. Einige Leitlinien (z.B. Nr. 5) geben nur wenige Beispiele, um einen allgemeinen Aspekt zu verdeutlichen. Die JDA ist als Nachdenk- und Diskussionshilfe gedacht. Als solche ist sie eine wertvolle Ressource für

Beratungen unter Stakeholder:innen/Interessensgruppen darüber, wie Antisemitismus zu identifizieren und wie ihm möglichst effektiv zu begegnen ist.

Warum geht es in 10 der 15 Leitlinien um Israel und Palästina?

Das spiegelt die Gewichtung in der IHRA-Definition wider, in der 7 von 11 „Beispielen“ sich auf die Debatte über Israel konzentrieren. Es reagiert zudem auf eine öffentliche Debatte, sowohl unter Jüd:innen als auch in der breiteren Bevölkerung, die ein Bedürfnis nach Orientierung in Bezug auf Meinungsäußerungen über Israel oder den Zionismus aufzeigt: Wann sollten sie geschützt sein und wann überschreiten sie die Grenze zum Antisemitismus?

Was ist mit anderen Kontexten außer Israel und Palästina?

Die allgemeinen Leitlinien (1-5) sind auf alle Kontexte anwendbar, einschließlich des rechtsextremen, in dem Antisemitismus zunimmt. Sie sind zum Beispiel auf Verschwörungstheorien anwendbar, dass „die Juden“ hinter der Covid-19-Pandemie steckten oder dass George Soros die Black-Lives-Matter- und Antifa-Proteste finanziere, um „verborgene jüdische Absichten“ zu verfolgen.

Unterscheidet die JDA zwischen Antizionismus und Antisemitismus?

Diese beiden Konzepte unterscheiden sich grundsätzlich. Nationalismus, jüdischer oder sonstiger, tritt in vielen Formen auf, steht aber immer zur Diskussion. Intoleranz und Diskriminierung, ob gegen Jüd:innen oder irgendjemand anderes, sind nie akzeptabel. Das ist ein Axiom der JDA.

Geht also aus der JDA hervor, dass Antizionismus nie antisemitisch ist?

Nein. Die JDA versucht zu klären, wann Kritik an (oder Feindseligkeit gegenüber) Israel oder dem Zionismus die Grenze zum Antisemitismus überschreitet und wann nicht. In diesem Zusammenhang ist es ein wichtiges Merkmal der JDA, dass sie (anders als die IHRA-Definition) auch angibt, was nicht per se antisemitisch ist.

Welche politischen Absichten liegen der JDA in Bezug auf Israel und Palästina zugrunde?

Keine. Genau darum geht es. Die Unterzeichnenden haben vielfältige Ansichten zum Zionismus und zum israelisch-palästinensischen Konflikt, einschließlich möglicher politischer Lösungen, zum Beispiel Ein-Staaten- oder Zwei-Staaten-Lösung. Gemeinsam ist ihnen der Einsatz für zwei Dinge: den Kampf gegen Antisemitismus und den Schutz der Meinungsfreiheit auf der Grundlage universeller Prinzipien.

Aber unterstützt die Leitlinie 14 nicht BDS als gegen Israel gerichtete Strategie oder Taktik?

Nein. Die Unterzeichnenden haben unterschiedliche Ansichten zu BDS. Leitlinie 14 besagt nur, dass gegen Israel gerichtete Boykotte, Desinvestitionen und Sanktionen, wenn gleich umstritten, nicht per se antisemitisch sind.

Wie kann man dann entscheiden, wann BDS (oder irgendeine andere Maßnahme) antisemitisch ist?

Dafür gibt es die allgemeinen Leitlinien 1 bis 5. In manchen Fällen ist offensichtlich, wie sie anzuwenden sind, in anderen nicht. Wie immer kann der Kontext bei der Einschätzung des Charakters jeglicher Form von Intoleranz oder Diskriminierung einen erheblichen Unterschied machen. Zudem sollte jede Leitlinie im Lichte der anderen gelesen werden. Manchmal ist eine Ermessensentscheidung zu treffen. Die 15 Leitlinien sollen dabei helfen.

Laut Leitlinie 10 ist es antisemitisch, „Jüd:innen im Staat Israel das Recht abzusprechen, kollektiv und individuell gemäß dem Gleichheitsgrundsatz zu leben“. Widerspricht das nicht den Leitlinien 12 und 13?

Es besteht kein Widerspruch. Die in Leitlinie 10 erwähnten Rechte haben jüdische Einwohner:innen des Staates, unabhängig von seiner Verfassung oder seinem Namen. Leitlinien 12 und 13 stellen nur klar, dass es nicht per se antisemitisch ist, andere politische oder verfassungsrechtliche Regelungen vorzuschlagen.

Was sind, kurz zusammengefasst, die Vorteile der JDA gegenüber der IHRA-Definition?

Es gibt mehrere, darunter:

- Die JDA profitiert von mehreren Jahren der Reflexion und kritischen Bewertung der IHRA-Definition. Im Ergebnis ist sie klarer, kohärenter und nuancierter.
- Die JDA führt nicht nur aus, was antisemitisch ist, sondern auch, im Kontext von Israel und Palästina, was nicht per se antisemitisch ist. Dies ist eine Orientierungshilfe, für die es großen Bedarf gibt.
- Die JDA beruft sich auf universelle Prinzipien und verbindet den Kampf gegen Antisemitismus, anders als die IHRA-Definition, klar mit dem Kampf gegen andere Formen der Intoleranz und Diskriminierung.
- Die JDA trägt dazu bei, einen Raum für die offene und respektvolle Diskussion schwieriger Themen zu schaffen, einschließlich der umstrittenen Frage der politischen Zukunft für alle Bewohner:innen Israels und Palästinas.
- Aus all diesen Gründen ist die JDA stichhaltiger. Anstatt zu spalten zielt sie darauf ab, alle Kräfte im Kampf gegen Antisemitismus breitestmöglich zu vereinen.

Eine Kritik der palästinensischen Zivilgesellschaft an der Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus

Palästinensisches BDS-Nationalkomitee, 25.03.21

Die „Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus“ (JDA) stellt trotz ihrer unten aufgeführten Nachteile eine Alternative zur fragwürdigen sogenannten IHRA-Definition von Antisemitismus dar und einen „überzeugenden Leitfaden“ im Kampf gegen den wirklichen Antisemitismus, wie ihn viele progressiv orientierte jüdische Gruppen definieren - die Verteidigung von Juden, als Juden, vor Diskriminierung, Vorurteilen, Feindseligkeit und Gewalt. Sie respektiert weitgehend das Recht auf freie Meinungsäußerung im Zusammenhang mit dem Kampf für die Rechte der Palästinenser, wie er im internationalen Recht festgelegt ist, auch durch BDS, und den Kampf gegen den Zionismus und Israels Regime der Besatzung, des Siedlerkolonialismus und der Apartheid.

Die JDA kann im Kampf gegen den antipalästinensischen McCarthyismus und die Repression, die die Befürworter der IHRA-Definition mit ihren „Beispielen“ absichtlich gefördert und veranlasst haben, hilfreich sein. Dies ergibt sich aus den folgenden Vorzügen der JDA:

1. Trotz ihrer problematischen israelzentrierten Leitlinien liefert sie eine kohärente und genaue Definition von Antisemitismus. Ihre Autoren lehnen es explizit ab, sie in Gesetzen zu kodifizieren oder sie zu verwenden, um die legitime Ausübung der akademischen Freiheit einzuschränken oder „eine freie und offene öffentliche Debatte zu unterdrücken, die sich innerhalb der Grenzen bewegt, die durch Gesetze zur Bekämpfung von Hasskriminalität festgelegt sind.“ Dies ist hilfreich, um den Versuchen der IHRA-Definition entgegenzuwirken, Israel vor der Rechenschaftspflicht gegenüber internationalem Recht abzuschirmen und den Zionismus vor rationaler und ethischer Kritik zu schützen.
2. Sie erkennt Antisemitismus als eine Form des Rassismus an, mit seiner eigenen Geschichte und seinen Besonderheiten, und widerlegt weitgehend den Exzeptionalismus, den die IHRA-Definition (mit ihren Beispielen) ihm verleiht.
3. Sie anerkennt, dass Antisemitismus und Antizionismus „kategorisch verschieden“ sind und betrachten das Eintreten für die Rechte der Palästinenser nach internationalem Recht und für die Beendigung des israelischen Unterdrückungsregimes nicht per se als antisemitisch. Sie widerlegt damit die gefährlichsten und aggressivsten Elemente der „Beispiele“ der IHRA-Definition. Konkret erkennt die JDA die folgenden Beispiele als legitime freie Meinungsäußerung an: die Unterstützung der gewaltfreien BDS-Bewegung und ihrer Taktiken; die Kritik an oder der Widerstand gegen den Zionismus; die Verurteilung von Israels Siedlerkolonialismus oder Apartheid; die Forderung nach gleichen Rechten und Demokratie für alle durch die Beendigung aller Formen von Vorherrschaft und „systematischer Rassendiskriminierung“; und die Kritik an Israels Gründung und seinen rassistischen Institutionen oder seiner Politik.

4. Sie besagt, dass es antisemitisch sei, „Juden kollektiv für das Verhalten Israels verantwortlich zu machen oder Juden, nur weil sie jüdisch sind, als Agenten Israels zu behandeln“, eine Regel, der wir uneingeschränkt zustimmen. Wir rufen dazu auf, dieses Prinzip pauschal anzuwenden, auch wenn Israel und Zionisten, ob jüdisch oder christlich-fundamentalistisch, sich der Verletzung dieser Regel schuldig machen. Fanatische zionistische und israelische Führer, wie z.B. Netanjahu, sprechen oft im Namen aller Juden und ermutigen jüdische Gemeinden in den USA, Großbritannien, Frankreich und anderswo, „nach Hause“ nach Israel zu gehen.

5. Sie anerkennt theoretisch, dass der Kontext insofern eine Rolle spielt, als dass bestimmte Situationen Einfluss darauf haben, ob eine bestimmte Äußerung oder Handlung als antisemitisch angesehen werden kann oder nicht.

Dennoch sind Palästinenser, die Palästina-Solidaritätsbewegung und alle Progressiven dazu aufgefordert, sich der JDA mit einem kritischen Bewusstsein und Vorsicht zu nähern, da sie einige inhärente Fehler aufweist.

1. Mit Ihrem unglücklichen Titel und den meisten ihrer Richtlinien konzentriert sich die JDA auf Palästina/Israel und den Zionismus, was ungerechtfertigterweise die Versuche bestärkt, den antijüdischen Rassismus mit dem Kampf für die palästinensische Befreiung zu verbinden, und somit unseren Kampf beeinträchtigen. Trotz dieser Wirkung schließt die JDA repräsentative palästinensische Perspektiven aus, eine Auslassung, die ziemlich viel über asymmetrische Macht- und Herrschaftsverhältnisse aussagt und darüber, wie einige Liberale immer noch versuchen, Entscheidungen, die uns zutiefst betreffen, ohne uns zu treffen. Palästinenser können nicht zulassen, dass irgendeine Definition von Antisemitismus verwendet wird, um das Eintreten für unsere unveräußerlichen Rechte oder die Schilderung unserer gelebten Erfahrungen und unserer auf klaren Fakten basierten Geschichte des Kampfes gegen Siedlerkolonialismus und Apartheid zu kontrollieren oder zu zensieren.

2. Die schlecht durchdachte Vernachlässigung jeglicher Erwähnung von Rassismus und der extremen Rechten, den Hauptschuldigen hinter antisemitischen Angriffen, verschont die extreme Rechte ungewollt, trotz einer beiläufigen Erwähnung in den FAQ. Die meisten rechtsextremen Gruppen, besonders in Europa und Nordamerika, sind zutiefst antisemitisch, lieben aber Israel und sein Unterdrückungsregime.

3. Trotz der Zusicherung der freien Meinungsäußerung in den FAQ versuchen die „Richtlinien“ der JDA immer noch, einige kritische Äußerungen über Israels Politik und Praktiken zu verhindern, wobei sie die notwendige Unterscheidung zwischen Feindseligkeit oder Vorurteilen gegenüber Juden auf der einen Seite und legitimer Opposition gegen die israelische Politik, Ideologie und das Unrechtssystem auf der anderen Seite nicht vollständig aufrechterhalten. Zum Beispiel betrachtet das JDA die folgenden Fälle als antisemitisch:

A. „Israel als das ultimative Böse darzustellen oder seinen tatsächlichen Einfluss grob zu übertreiben“ als eine möglicherweise „verschlüsselte Art, Juden zu rassifizieren und zu stigmatisieren.“ Während in einigen Fällen eine solche Darstellung Israels oder eine grobe Übertreibung seines Einflusses indirekt eine antisemitische Gesinnung offenbaren kann, wäre eine solche Schlussfolgerung in der absoluten Mehrheit der Fälle, die sich auf die Verteidigung

palästinensischer Rechte beziehen, völlig fehl am Platz. Wenn Palästinenser, die infolge der israelischen Apartheidpolitik ihre Angehörigen, Häuser und Obstgärten verloren haben, Israel öffentlich als „das ultimative Böse“ verurteilen, kann dies beispielsweise nicht vernünftigerweise als ein „verschlüsselter“ Angriff auf Juden ausgelegt werden.

Wenn man die Opposition gegen die israelischen Verbrechen und das Unterdrückungsregime als antijüdisch interpretiert, wie es Israel und seine antipalästinensischen rechten Unterstützer oft tun, macht man Israel effektiv zum Synonym oder gleichbedeutend mit „allen Juden“. Ethisch gesehen ist diese Gleichsetzung, abgesehen davon, dass sie antipalästinensisch ist, zutiefst problematisch, weil sie tatsächlich alle jüdischen Personen gleichsetzt und homogenisiert. Dies widerspricht der Eröffnungserklärung der JDA, dass es „rassistisch ist, ... eine bestimmte Bevölkerung wesensmäßig gleichzusetzen.“

B. „Die Anwendung der Symbole, Bilder und negativen Stereotypen des klassischen Antisemitismus ... auf den Staat Israel.“ Wie die JDA selbst an anderer Stelle zugibt, ist eine solche pauschale Verallgemeinerung in allen „evidenzbasierten“ Fällen falsch. Denken Sie zum Beispiel an Palästinenser, die den israelischen Premierminister Netanjahu als „Kindermörder“ verurteilen, angesichts der Tatsache, dass mindestens 526 palästinensische Kinder bei Israels Massaker in Gaza 2014 ermordet wurden, was der Internationale Strafgerichtshof kürzlich beschlossen hat, zu untersuchen. Kann dies als antisemitisch betrachtet werden? Obwohl die harten Beweise unanfechtbar sind, sollten Palästinenser es vermeiden, diesen Begriff in diesem Fall zu verwenden, nur weil es ein antisemitisches Bild und Netanyahu zufällig Jude ist? Ist es islamfeindlich, den saudischen Diktator Muhammad Bin Salman - der zufällig Muslim ist - einen Schlächter zu nennen, weil er offensichtlich den grausamen Mord an Khashoggi inszeniert hat, ganz zu schweigen von den Verbrechen des saudischen Regimes gegen die Menschlichkeit im Jemen? Würde die Darstellung von MBS mit einem blutigen Dolch als islamfeindliche Darstellung gelten, wenn man bedenkt, dass islamfeindliche Karikaturen oft muslimische Männer mit blutgetränkten Schwertern und Dolchen darstellen? Eindeutig nicht. Warum dann also bei Israel eine Ausnahme machen?

C. „Die Verweigerung des Rechts der Juden im Staat Israel, kollektiv und individuell als Juden zu existieren und zu gedeihen, in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Gleichheit.“ Das Prinzip der Gleichheit ist absolut vorrangig für den Schutz der individuellen Rechte in allen Bereichen sowie für den Schutz der kollektiven kulturellen, religiösen, sprachlichen und sozialen Rechte. Aber einige könnten dies missbrauchen, um gleiche politische Rechte für die Kolonisatoren und die kolonisierten Kollektive in einer siedler-kolonialen Wirklichkeit oder für die dominierenden und die dominierten Kollektive in einer Apartheid-Realität zu unterstellen und damit die Unterdrückung zu verewigen. Das im Völkerrecht verankerte Grundprinzip der Gleichheit soll und kann nicht dazu benutzt werden, Verbrechen zu entschuldigen oder Ungerechtigkeit zu legitimieren.

Was ist mit dem angeblichen „Recht“ jüdisch-israelischer Siedler, Palästinenser im ethnisch gesäuberten Land von Kafr Bir'im in Galiläa oder Umm al Hiran im Naqab/Negev zu ersetzen? Was ist mit dem angeblichen „Recht“, rassistische Aufnahmekomitees in Dutzenden von rein jüdischen Siedlungen im heutigen Israel durchzusetzen, die palästinensischen Bürgern Israels die Aufnahme aus „kulturellen/sozialen“ Gründen verweigern? Sollte darüber hinaus palästinensischen Flüchtlingen ihr von der UNO festgelegtes Recht auf Rückkehr in ihre Heimat verweigert werden, um ein angenommenes „kollektives jüdisches Recht“ auf demographische Vorherrschaft nicht zu stören? Was ist mit Gerechtigkeit, Rückführung und Wiedergutmachung in Übereinstimmung mit internationalem Recht, die bestimmte angenommene „Recht“ von jüdisch-israelischen Besetzern palästinensischer Häuser oder Ländereien beeinträchtigen können?

Und am wichtigsten: Was hat das alles mit antijüdischem Rassismus zu tun?

Wie kürzlich vom Spiegel berichtet, zeigt zum Beispiel ein Polizeibericht in Deutschland, dass die Rechten und Rechtsextremen im Jahr 2020 für 96 % aller antisemitischen Vorfälle in Deutschland verantwortlich waren, die auf ein klares Motiv zurückzuführen sind.

<https://twitter.com/bdsmovement/status/1362411616638275586>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle:

<https://bdsmovement.net/A-Palestinian-Civil-Society-Critique-JDA>